

Der Aufschwung kommt an, die Renten steigen – Wirklichkeit oder Realitätsverlust?

Von Prof. Dr. Wolfgang Methling, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Landtag Mecklenburg-Vorpommern,
Umweltminister Mecklenburg-Vorpommern a.D.

»Der Aufschwung kommt bei den Menschen an, bei immer mehr Menschen«, lässt die Bundeskanzlerin uns alle schon im November 2007 wissen. Fast sieben Millionen geringfügig Beschäftigte, 700000 Leiharbeiter und 300000 Ein-Euro-Jobber bekommen das Gegenteil tagtäglich zu spüren. Nicht zu reden von den 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind und erst recht nicht zu reden von denen ohne jeglichen Leistungsbezug. Nicht zu reden auch von den über zwei Millionen Kindern, die in Deutschland in Armut leben. Im gleichen Atemzug wie die Gewinne steigen werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen und die Karawane der Globalplayer zieht weiter dorthin, wo es wieder Fördermillionen und noch billigere Arbeitskräfte gibt. Ja, der Aufschwung kommt an in den Konzernzentralen. Die Gewinne steigen. Die weltweite Finanzkrise verbrennt innerhalb eines Jahres 1000 Milliarden Dollar. Deutschland ist mindestens mit einem hohen zweistelligen Betrag dabei. Ackermann und Co. arbeiten wie die Hasardeure und sind dann geschockt – über ihr eigenes Tun. Die Zeche bezahlt der Steuerzahler. G-8-Gipfel und Klimakonferenzen bringen keine positiven Entscheidungen für die Menschen und den Planeten hervor, sondern sind unverbindliche, nicht einmal unterhaltsame, sondern einfach nur teure Showveranstaltungen. Auch diese bezahlt der Steuerzahler. Die Wählerinnen und Wähler wenden sich von der Politik verdrossen ab. Neofaschismus und Rechtsextremismus werden wieder »alltagstauglich«, Gedankengut, das längst die Mitte der Gesellschaft erreicht hat. Mit der Agenda 2010 wurde diese Republik grundlegend verändert, weil diese Agenda nicht etwa von einer schwarz-gelben Regierung stammt, sondern maßgeblich von einer SPD, die bis dahin immer noch als Arbeiterpartei galt. Nach dem Schröderschen Desaster regiert nun

Schwarz-Rot und setzt im Wesentlichen das fort, was Schröder, Riester und Müntefering begonnen haben. Reformen, die den Namen nicht verdient haben, werden in Gang gebracht und lösen die Probleme doch nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Der Sozialabbau geht weiter. Kurz vor den nächsten Wahlen dann immer das gleiche Szenario: bei Kohl waren es 1998 – in christdemokratischem Verständnis eigentlich verpönte – hunderttausende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, nun ist es eine außerplanmäßige Rentenerhöhung, die nicht einmal die Inflationskosten deckt.

Über die Brücke, dass die Ungerechtigkeiten aus der Rentenüberleitung im Zuge des Einigungsprozesses noch in der laufenden Legislatur einer Klärung zugeführt werden, über diese Brücke gehe ich nicht. Es wird wohl bei der Prüfung bleiben. Dass dennoch inzwischen einige Urteile u.a. vom Bundesverfassungsgericht ergangen sind, die das Rentenunrecht und damit die Verfassungswidrigkeit in einzelnen Fragen bestätigt haben, das ist vor allem ISOR und seinen aktiven Mitgliedern zu verdanken. Dafür gilt Ihnen und Euch Glückwunsch und Dank. Ein politisches Interesse der Bundesregierung an der schnellstmöglichen Beseitigung der Mängel und strafrechtsähnlichen Sanktionen beim angewandten Rentenrecht kann ich aber nicht erkennen. Das Rentenüberleitungsgesetz hätte von jeder Bundesregierung seit seinem Inkraft-Treten 1991 in den notwendigen Punkten geändert werden können und die damalige PDS hat dies von Anfang an gemeinsam mit Euch gefordert. Auch wenn ich persönlich ein etwas differenzierteres Verhältnis zu den ehemaligen bewaffneten Organen der DDR hatte und habe und dies auch öffentlich geäußert habe, das will ich an dieser Stelle deshalb auch ganz persönlich einflechten, so stehe auch ich – wie meine Partei – an der Seite derer, die sich gegen soziale Ungerechtigkeit zur Wehr setzen. Der

SPD-Sozialminister meines Bundeslandes hat gemeinsam mit dem SPD-Finanzminister aus Sachsen-Anhalt nun in einer Studie (veröffentlicht am 14.04.2008) festgestellt, dass diesem Land und den Betroffenen zunehmend und massenhaft Altersarmut droht. Heureka, möchte man ausrufen, welch neue Erkenntnis! Die Sozialverbände, die Landesarmutskonferenzen, die OECD, die LINKE und auch die Kirchen haben seit Jahren darauf hingewiesen und davor gewarnt. Kanzler Schröder hat mit der Teilprivatisierung der gesetzlichen Rente und mit der Agenda 2010 alle Schleusen für eine wachsende Armut geöffnet. Und nicht nur die Rentnerinnen und Rentner und die, die es bald werden, müssen darunter leiden. Noch viel schlimmer, wenn man das so sagen kann, ist die Betroffenheit unserer Kinder und Enkel. Ihnen wird zu Millionen eine Zukunft mit Perspektive verbaut. Stattdessen werden sie von Bildungschancen abgeköpelt, ausgegrenzt und schließlich abgestempelt. Mit einem zukunftsfähigen Sozialstaat, einem Bildungsland und einem leistungsfähigen Wirtschaftsstandort hat das nichts zu tun. Eine politische Wende, eine Abkehr von dieser Politik ist zwingend notwendig!

Die aus WASG und Linkspartei hervorgegangene vereinigte LINKE stellt erstmals in der Bundesrepublik Deutschland eine ernsthafte politische Alternative zum etablierten Parteiensystem dar. Vor allem im Westen Deutschlands können wir den Menschen nunmehr hautnah zeigen und sie erleben lassen, dass es auch andere machbare politische Konzepte gibt. Deshalb ist jeder Einzug dort in einen Landtag ein Schritt in eine in unserem Sinn veränderte Republik. Aber auch im Osten erleben wir, dass es nicht egal ist, wer ein Bundesland regiert. Im Bundesrat und den Ministerkonferenzen gibt es keine Stimmen mehr gegen Hartz IV. In Mecklenburg-Vorpommern wird bei der vorschulischen Bildung gekürzt, statt sie auszubauen. Die öffentlich geförderte Beschäftigung wird fast komplett eingestellt. Ein Steinkohlekraftwerk wird als Klimaschutzmaßnahme verkauft. Die neuen Nazis sitzen im Parlament und werden von Steuergeldern mitfinanziert. Dem müssen sich die LINKE und alle demokratischen Kräfte entgegenstellen. Deshalb sind wir für ein NPD-Verbot und für eine andere Politik, für eine Politik, die den Faschisten den Nährboden entzieht. Deshalb sind wir für eine gute Bildung für alle und ein Leben lang. Deshalb sind wir für einen Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohn und steigende Reallöhne. Deshalb sind wir für die Schaffung eines solidarischen Gesundheitssystems für alle und für ein ausfinanziertes, bedarfsgerechtes Pflegesystem. Deshalb sind wir für armutsfeste Renten und gegen die Rente erst ab 67. Und deshalb sind wir auch für die Abschaffung der Rentenungerechtigkeit – und zwar nicht erst in 5 oder 10 Jahren, sondern sofort.

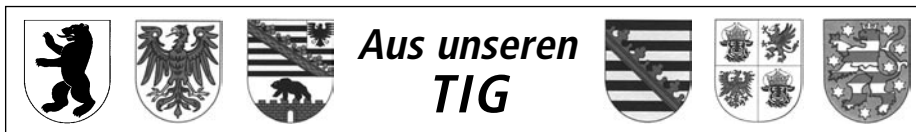
DIE LINKE hat diese Republik schon verändert, es kommt aber darauf an, sie weiter zu verändern!

Protest gegen Köpenickiade zur Diffamierung der GBM

Mehr als 200 Teilnehmer bekundeten am 1. Juli im überfüllten Münzenberg-Saal im ND-Gebäude ihre Solidarität mit der GBM. Die BVV Trepow-Köpenick hatte am 26. Juni einen Antrag zugestimmt, der GBM jede Unterstützung zu verweigern, ihr insbesondere keine öffentlichen Räume mehr zur Verfügung zu stellen. Führende Mitglieder und namhafte Sympathisanten der

GBM sowie Vertreter der im OKV zusammengeschlossenen Verbände warnten vor der Gefahr einer weiteren Aushöhlung der im Grundgesetz (GG) festgeschriebenen Bürgerrechte. Eine von der GBM seit 1992 durchgeführte Rentenberatung wird in dem skandalösen Antrag als Verhöhnung und Beleidigung der Opfer der DDR dargestellt. Der Vorsitzende der GBM

in Berlin-Köpenick sprach den Teilnehmern aus dem Herzen, als er seinen Beitrag so beendete: »1906 wichen Bürgermeister und Stadtkämmerer vor einer Hauptmannsuniform zurück und übergaben die Stadtkasse. Wenn uns jetzt wütende Lokalpolitiker im Uniformrock eines Feldwebels aus dem kalten Krieg Angst machen wollen, so erschrecken wir wohl, aber weichen nicht zurück.« ISOR erklärt seine weiter ungeteilte Solidarität mit der GBM und fordert die uneingeschränkte Einhaltung der im GG garantierten Grundrechte der Bürger.



Die TIG Rügen führte unmittelbar nach der Beratung in Berlin eine Mitgliederversammlung durch. Die Ausführungen des Vorsitzenden der TIG zum Stand des erarbeiteten Gutachtens fanden dabei besonders Anklang, da dadurch ein wichtiger Schritt zur Beseitigung des Rentenstrafrechts eingeleitet wurde.

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass dieses Etappenziel neuen Mut zur Fortführung des Kampfes gegen das Rentenunrecht gibt und dabei die Gewinnung neuer Mitglieder weiter in den Vordergrund rückt, um auch in Zukunft die finanziellen Belastungen unseres Vereins abzudecken.

Zu diesem Zweck werden wir den Vorschlag der TIG Suhl / Meiningen/ Ilmenau für unsere TIG präzisieren und damit den Gewinnungsprozess neuer Mitglieder forcieren. **Werner Schlesinger**

★

Einmütige Zustimmung und Bereitschaft für gemeinsames Handeln und solidarischen Kampfgeist in der begonnenen Etappe zur endgültigen Beendigung des Rentenstrafrechts und des weiteren Beitrages für soziale Gerechtigkeit waren bestimmend für die Mitgliederversammlung der TIG Leipzig.

Anwesend waren 115 Mitglieder der TIG, Vertreter der 9 TIG des Regierungsbezirks und der TIG Altenburg. Als Gäste begrüßten wir das Mitglied des Vorstandes Dr. Rainer Rothe und den amtierenden Vorsitzenden der GRH TAG Leipzig.

In den einleitenden Bemerkungen des Vorsitzenden der TIG wurden die Beiträge und Aktivitäten der 730 Mitglieder in den vergangenen zwei Jahren gewürdigt. Neben den Schreiben und Petitionen zur Herausgabe der uns zunächst verweigerten Dokumente, Unterlagen und Daten für das zu erstellende Gutachten wurden wichtige Beiträge zum Bürgerbegehren für den Erhalt kommunalen Eigentums und die Einführung eines Sozialtickets geleistet. Beide Forderungen hatten Erfolg. Mit 3.500 Unter-

schriften unterstützte die TIG die Petition zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West.

Mit Schreiben einzelner Mitglieder und des TIG-Vorstandes an die Bundeskanzlerin, Fraktionen und den Ausschuss für Arbeit und Soziales im Bundestag wurde eine sachliche, auf Lösung orientierte Behandlung der 17 Anträge der Fraktion DIE LINKE gefordert.

In der bisher einzigen Antwort der Bundestagsfraktion CDU/CSU heißt es zur Forderung der Angleichung des Rentenwertes: »Die Union unterstützt im Grundsatz die Forderung nach einer Angleichung der Renten in Ostdeutschland an die in Westdeutschland. ... Die Erhöhung der unterschiedlichen Rentenwerte in Ost und West ist an die Einkommensentwicklung der Beschäftigten gekoppelt. ... Wir haben nicht vor und es wäre auch nicht angemessen, diesen Regelmechanismus grundlegend zu verändern. ... Eine sofortige oder stufenweise Angleichung der Ost- an die Westrenten, abgekoppelt von der Lohnentwicklung, scheidet aus finanziellen Gründen aus.« Grund genug, die Forderung nach Angleichung des Rentenwertes weiter zu unterstützen.

Die Ergebnisse gemeinsamen Handelns und aktiven Mitwirkens bilden die weitere Grundlage für den künftigen erfolgreichen Beitrag der Mitglieder in unserem Kampf um Rentengerechtigkeit.

Großes Interesse erfuhren die Ausführungen von Dr. Rainer Rothe. Umfassend und verständlich informierte er über die geleistete Arbeit für das sozialwissenschaftliche Gutachten bis hin zu seiner Übergabe durch das Institut bei der zentralen Beratung am 21. Mai 2008. Mit dem Vorliegen der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS erläuterte Dr. Rothe die Vorbereitungen zur Führung der Muster- und Klageverfahren gegen die Bestimmungen des § 7 AAÜG.

Er stärkte mit dem vorliegenden Gutachten die Zuversicht der Anwesenden für den erfolg-

reichen juristischen Weg zur Beendigung der Renten Kürzungen für die ehemaligen Mitarbeiter des MfS bzw. deren Hinterbliebenen. Ausdruck des weiteren solidarischen Handelns unserer Mitglieder war die einmütige Zustimmung zum vorgelegten Beschluss des Vorstandes.

Inhalt: Persönliche Unterstützung der betroffenen Mitglieder zur Wiederaufnahme und Neuführung der Klageverfahren, Einweisung der Betreuer in die diesbezüglichen praktischen Maßnahmen, monatliche Beratung des TIG-Vorstandes zum erreichten Stand und Hilfe bei auftretenden Problemen und die Orientierung auf die bevorstehende Massenpetition gegen § 6 Abs. 2 und § 7 AAÜG.

Mit der Umsetzung des Beschlusses, den alle Mitglieder als TIG-Info mit der Juni-Ausgabe des Mitteilungsblattes erhalten haben, wurde begonnen. **Peter Kurze, Beiratsmitglied**

★

Am 12. Juni fand eine Mitgliederversammlung der TIG Neustrelitz statt auf der der Vorsitzende der TIG die Ergebnisse der am 21. Mai in Berlin stattgefundenen Beratung auswertete. Er erläuterte umfassend die politischen und juristischen Schwerpunkte im Kampf gegen die noch bestehenden rentenrechtlichen Strafbestimmungen der §§ 6(2) und § 7 AAÜG. Er hob hervor, dass nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22.06.04 weitere juristische Auseinandersetzungen zunächst sinnlos waren, nun aber neue rechtserhebliche Tatsachen durch ein Gutachten vorhanden sind, die die Wiederaufnahme von ruhenden Widerspruchs- und Klageverfahren und die Einreichung neuer Widersprüche und Klagen rechtfertigen. Dabei geht es darum, dass neben den Musterverfahren möglichst viele Verfahren auf den Weg gebracht werden. Der Vorsitzende rief alle Mitglieder auf, die im Herbst dieses Jahres geplante Massenpetition gegen die diskriminierenden Regelungen der §§ 6 und 7 AAÜG durch Unterschriftenleistung zu unterstützen und Unterschriften anderer, die nicht Mitglied von ISOR sind, zu sammeln.

In der Diskussion kam die Einmütigkeit und Bereitschaft der Mitglieder zum Ausdruck den Kampf gegen das Rentenstrafrecht bis zum

erfolgreichen Ende fortzusetzen. In diesem Zusammenhang ist auch die Gewinnung neuer Mitglieder von besonderer Bedeutung. Mit den Worten dass, wenn wir zusammenhalten und weiterhin solidarisch bleiben, werden wir auch die voraussichtlich letzte Wegstrecke zur restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechts erfolgreich gehen, schloss der Vorsitzende seine Ausführungen.

Wolfgang Schiller

★

Am 14. Juni führte die TIG **Waren/Röbel** eine Mitgliederversammlung zu der Beratung am 21. Mai mit den Vorsitzenden der TIG in Berlin durch.

Die Auswertung wurde vorgenommen vom Beiratsmitglied Karl-Wilhelm Wolff. Er erläuterte

die vom Vorstand eingeleiteten juristischen Schritte, die mit Hilfe des fertig gestellten sozialwissenschaftlichen Gutachtens erneut den Weg zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe ebnen sollen. Mit großem Interesse verfolgten alle Anwesenden seinen interessanten Ausführungen, weil jeder wissen wollte, wann wir mit konkreten Ergebnissen unseres Rentenkampfes rechnen können.

Karl-Wilhelm Wolff setzte sich auch mit z.Z. häufenden Angriffen und Verleumdungen auseinander, die sich gegen ISOR, der Tätigkeit des MfS, die Partei die Linke und so genannte »Stasi Vereine« wie GRH und GBM richten. Auch hob er hervor, dass es an der Zeit ist, die ungleichen Rentenentgelte Ost und West anzugleichen und der ständig wachsenden Altersarmut den Kampf

anzusagen. Die Ausführungen von Karl-Wilhelm Wolff fanden die Zustimmung aller Teilnehmer. In der Diskussion und in anschließenden persönlichen Gesprächen wurde immer wieder betont, dass solidarisches Zusammengehen, Kampfgeist und Zusammenhalt aller Mitglieder der Weg seien für den Erfolg.

Alle ehemaligen Angehörigen des MfS gaben ihre Zustimmung für die Wiederaufnahme von Klagen gegen die willkürliche Rentenkürzung. Vom Vorstand wurden konkrete Maßnahmen zu Unterstützung der Mitglieder festgelegt. Unzufriedenheit gab es bei allen Mitgliedern zur Nichtbeantwortung der Petitionen zur allgemeinen Rentenproblematik, die im Februar/März an den Petitionsausschuss gerichtet wurden.

Kurt Roß

Auf dem Büchermarkt:

Politische Justiz, Sozialabbau, Sicherheitswahn und Krieg

Essays von Hans Fricke

»Seine Texte sind eine polemische Auseinandersetzung mit dem schmalbrüstigen Zeitgeist« – Erschienen im Verlag edition ost ISBN 978-3-89793-155-8 – Preis 19,90 Euro

Aus der Postmappe:

In den TIG Salzwedel, Gardelegen, Stendal, Tangerhütte und Klötze wurden die Mitglieder mobilisiert, sich, sowie Familienangehörige und Freunde mit Petitionen an den Bundestag zu wenden und gegen die Ungleichbehandlung von Rentnern in Ost und West, die Absenkung der Rentenbezüge auf Grund der jährlichen Inflationsrate, sowie gegen weiter steigende Altersarmut zu protestieren.

Auch unter den Nichtmitgliedern konnte eine sehr große Bereitschaft zur Teilnahme an der Meinungsartikulation festgestellt werden.

Insgesamt wurden ca. 320 Petitionen abgesandt. **Fred Schmidt, Mitglied des Beirates**

In eigener Sache:

In jüngster Zeit erhalten wir verstärkt Kenntnis von pseudonymen Zuschriften an einzelne Politiker, Regierungsvertreter, Staatsorgane, Petitionsausschüsse und Arbeitsgremien des Bundestages. Nicht selten sind solche Texte mit Anwürfen oder solchen Beschimpfungen ausgestattet, dass man nachvollziehen kann, warum die Schreiber Namen und Anschrift nicht als Absender angeben. Wir schließen natürlich nicht aus, dass es hierbei auch Provokationen geben kann, nach Sachlage ist das aber weniger wahrscheinlich.

Wir erhalten Kenntnis von solchen Zuschriften, wenn Adressaten dem Schreiber antworten möchten und zwar dies eben an den pseudonymen Namen und die Anschrift, die missbräuchlich auf dem Schreiben angegeben ist: die Postfachnummer unserer Geschäftsstelle bzw die volle Anschrift unseres Vereins.

Was immer in den Köpfen solcher Briefschreiber vorgehen mag: Solche Fehlleistungen sind geeignet, mühsam aufgebaute Arbeitsbeziehungen und eine zielorientierte demokratische Zusammenarbeit zu belasten. Wir distanzieren uns von solchen Handlungen und sind auch genötigt, das den Angesprochenen mitzuteilen.

Stil unseres Vereins bleibt: Wer mit Zuschriften und Petitionen die Arbeit befördern will, tut das in tausendfach bewährter Weise offen und – demokratischer Gesinnung und rechtlichen Regeln folgend – unter Nennung seines vollen Namens und seiner eigenen Anschrift. Jeder verantwortet seinen Text persönlich und bekräftigt das mit seiner Unterschrift.

Wer anonym seine »Spielchen« betreiben möchte, muss wissen, dass er Schaden anrichtet und sich außerhalb der Gemeinschaft positioniert, auch dann, wenn er das nicht beabsichtigt hatte. Wir bitten alle Freunde um Hilfe und Unterstützung, um solche Störungen zu unterbinden.

Karl-Heinz Hypko, Geschäftsführer

Das Anwaltsbüro teilt mit:

In Absprache mit ISOR wird das Anwaltsbüro den erneuten Gang zum Bundesverfassungsgericht wegen der Begrenzung von Arbeitsentgelten nach § 7 AAÜG durch eine Vielzahl von Verwaltungs- und Gerichtsverfahren unterstützen.

Auf die vom Anwaltsbüro in diesem Zusammenhang versandten Schreiben hat das Büro einen großen Rücklauf erhalten und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen sowie für die aufgewendete Mühe bei der Zusammenstellung der erbetenen Unterlagen.

Aus organisatorischen Gründen sind wir leider nicht in der Lage, jedem Einzelnen den Eingang seiner Unterlagen zu bestätigen. Wir werden nur dann Kontakt aufnehmen, wenn noch Klärungsbedarf besteht. In Abhängigkeit vom prozessualen Stand der Musterverfahren werden durch das Anwaltsbüro in jedem Einzelfall zur geeigneten Zeit entsprechende Anträge im Verwaltungs- bzw. Sozialgerichtsverfahren gestellt. Darüber wird ISOR in Kenntnis gesetzt und gebeten, in ISOR aktuell zu informieren.

Von Mitglied zu Mitglied:

Ferienbungalow in **Sebnitz-Hertigswalde** in unim. Nähe der Sächsischen Schweiz für 2 Pers. Wohnzimmer m. komb. Miniküche, Schlagfzi., DU/WC mit Fußbodenheizung, Sonnenterrasse, am Waldrand gelegen. Tel./Fax: 035200 20084 E-Mail: herbst.groszharthau@freenet.de

★

Komf. FEWO/-Zi. in **Schleusingen/Thür.**

Nähe Rennsteig – Tel.: 036841 47598

oder Internet: www.ratschererhoehe.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.06.2008

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.07.2008

Einstellung im Internet: 08.08.2008

Auslieferung: 14.08.2008

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr